



# Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel

Ercheint wochtägl. Bezugspreise (pro Monat) f. Mitgl. ein Stück kostenlos, weitere Stücke zum eigenen Bedarf über Leipzig oder Postüberweisung Gr.-Zahl M. 1,50. Nichtmitglieder M. 2.— mal jeweil. Schlüsselzahl. Bei der Post bestellt M. 40 000.— vierteljährl. Kreuzbandbezieher haben die Portofoften u. Versandgebühren zu erstatten. Einzel- Nr. Gr.-Z. M. 0,15. — Umfang einer Seite 360 viergespalt. Petitzeilen. — Mitgliederpreis: Die Zeile 125 M.,  $\frac{1}{2}$  S. 40 000 M.,  $\frac{1}{4}$  S. 20 000 M.,  $\frac{1}{8}$  S. 10 000 M. Nichtmitglieder- preis: Die Zeile 250 M.,  $\frac{1}{2}$  S. 80 000 M.,  $\frac{1}{4}$  S. 40 000 M.,  $\frac{1}{8}$  S. 20 000 M. Stellengef. 65 M. die Zeile. Schiffsgebühren 100 M. Bestellz. f. Mitgl. u. Nichtmitgl. die Zeile 175 M. — Anzeigen von Nichtmitgl. nur gegen Vorauszahlung. — Beilagen werden nicht angenommen. — Beiderl. Erfüllungsort Leipzig. Rationierung des Börsenblatttraumes, sowie Preissteigerungen, auch ohne besondere Mitteilung im Einzelfall jederzeit vorbehalten.

Auf alle Preise 1200% Zuschlag.

Eigentum des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig

Nr. 162 (B. 112).

Leipzig, Sonnabend den 14. Juli 1923.

90. Jahrgang.

## Redaktioneller Teil.

### Verein der österreichischen Buch-, Kunst- und Musikalienhändler.

Der Verein der österreichischen Buch-, Kunst- und Musikalienhändler gibt folgende

#### Bekanntmachung

heraus:

Die am 29. Juni d. J. im Saale der Handelskammer zu Salzburg abgehaltene Tagung der Vertreter des österreichischen Gesamtbuchhandels hat zu der praktisch undurchführbaren Bekanntmachung der Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe in Leipzig vom 20. Juni d. J. (Bbl. 141) Stellung genommen:

Es wird erwartet, daß der deutsche Verlag gemäß dem Abkommen vom 7. Juni im eigensten Interesse bei der katastrophalen Weiterentwertung der Mark nach Österreich nur in Kronen liefert.

Die in der Bekanntmachung vom 20. Juni vorgesehene behördliche Unterstützung kann von österreichischer Seite nicht gegeben werden, so daß die Markberechnung Schiebungen Tür und Tor öffnen und zum Preischaos in Österreich führen müßte. Nachdem der gesamte Überweisungsverkehr nunmehr nur auf Kronen eingestellt ist, kann das österreichische Sortiment eine doppelte Verrechnung — in Kronen und Mark — nicht vornehmen. Überdies würden die durch den Stempelaufdruck verunzierten und entwerteten Bücher von ernstlichen Bücherkäufern und Liebhabern meistens abgelehnt werden und andererseits im Auslande ein gesuchtes Handelsobjekt bilden, wie es in anderen Branchen bereits der Fall ist.

Die österreichischen Sortimenter können deshalb solche durch den Stempelaufdruck beschädigten Bücher nicht annehmen und können überhaupt nur bei währungseinheitlichen Preisen Lagerbestellungen tätigen. Ein großer Teil des deutschen Verlages hat mit Rücksicht auf die Kronenpreise bereits einen Gesamtrabatt von 50% nach Österreich allgemein zugestanden, was gegenüber dem bisherigen Zustand (Rabatt + Teuerungszuschlag) noch immer eine Verschlechterung bedeutet.

In richtiger Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage des Sortiments in Österreich haben diese Verleger den erhöhten Rabattsatz als für die Fortführung der Betriebe notwendig erkannt und bewilligt, da die Spanne zwischen dem österreichischen und dem deutschen Nettopreise genügend Möglichkeit zu dieser Rabattierung bietet. Im Gegensatz zu diesem einsichtsvollen Verhalten haben einzelne Verleger leider die Bedingungen des Punktes 1 des Abkommens vom 7. Juni d. J. (Bbl. Nr. 133 vom 11. Juni) bisher nicht erfüllt.

Falls der für das österreichische Sortiment notwendige Gesamtrabatt nicht gewährt wird, wäre das österreichische Sortiment gezwungen, einen entsprechenden Sortiments-Teuerungszuschlag wieder zu erheben, was lebhaft zu bedauern wäre.

Der gänzliche Verzicht auf den bisherigen, behördlich anerkannten Sortiments-Teuerungszuschlag konnte in dem Abkommen nur unter der Voraussetzung zugestanden werden, daß seitens des deut-

schen Verlages den österreichischen Verhältnissen genügend Rechnung getragen und als Ersatz für den Zuschlag ein entsprechend hoher Rabattsatz eingeräumt wird.

Wir ersuchen dringend, von bisher bei manchen Verlegern üblichen Vorkaufuren abzugehen, da der deutsche Verlag in der Wertbeständigkeit seiner deutschen Guthaben vor Verlusten geschützt ist, die aus einem Zahlungsverzug entstehen könnten.

### Zur Wirtschaftslage.

Von Dr. Gerhard Menz.

Vor 4 Wochen konnte an dieser Stelle (Bbl. 132) auf die neue Marktstützungsaktion hingewiesen werden. Sie ist erfolgt. Trotzdem ist der Verfall der Mark weiter gegangen, der Dollar also weiter gestiegen. Das könnte den Schluß nahelegen, die Stützung sei mißlungen oder wieder aufgegeben worden. Ein solcher Schluß wäre aber falsch. Man darf die zweite Stützung nicht an der ersten messen wollen. Beide sind grundverschieden, hat man doch aus der ersten gelernt und sich nach den damals gemachten Erfahrungen diesmal anders eingerichtet. Die erste Stützung war mehr eine Rettung und war auf den Druck des Dollars abgestellt. Sie gelang, weil der Dollarauftrieb tatsächlich nur ein Spekulationsergebnis gewesen war und dem Angriff nicht standhielt, zumal die politische Lage der Rettung der Mark günstig war. Vielleicht hätte man den Dollar damals sogar auf 10 000 herabdrücken können. Es zeigte sich aber bekanntlich, daß schon die Senkung auf 20 000 für die deutsche Wirtschaft unerträglich war und sie in eine schwere Krise zu stürzen drohte. Unter dem Eindruck dieser Erfahrung ist es diesmal nicht auf einen Druck des Dollars abgesehen. Die neue Stützung stellt sich vielmehr nur als Bremsung dar. Man hält lediglich den Sturz der Mark im Sitzzugtempo ins Bodenlose auf und hindert die Spekulation, den Dollar ohne Not und Berechtigung in den Himmel zu treiben. Auch das ist eine gewaltige Leistung, und auch das schon ist für die deutsche Wirtschaft eine Wohltat. Gemeinhin wird das Eingreifen der Regierung nur auf den Druck der Linken zurückgeführt. Zweifelsohne muß die Regierung auch auf die Stimmung und die Forderungen dieser Kreise Rücksicht nehmen, um nicht die innerpolitische Lage vermeidbaren Belastungsproben aussetzen. Die Tätigkeit, die die Regierung entwickelt, liegt aber im Gesamtinteresse, und alle Kreise müssen wünschen, daß sie sich in dieser Weise zum Schutz der deutschen Wirtschaft rührt und daß sie nicht die Hände in den Schoß legt und das Unheil ungehindert seinen Lauf nehmen läßt. Zum Kampf um die Freiheit, der sichtbar an Rhein und Ruhr geführt wird, gehört auch die Marktstützungspolitik. Ohne Aktivität auf diesem Gebiet wäre der Kampf an Rhein und Ruhr schwer gefährdet.

Mit der Verteidigung der Mark gegen die Spekulation namentlich des Auslands ist es aber allein nicht getan. Die weit wichtigere Aufgabe ist die Sicherung der Zukunft der Mark überhaupt, die Rettung ihrer Stellung im Inland. Was sich als Verfall der Mark in den Devisenkursen äußert, ist ja doch nur Symptom der Krankheit, die unsere Währung an sich befallen hat. Die Krankheit selbst ist ein Ding für sich und besteht darin, daß das deutsche Geld unter dem Einfluß des Krieges und noch mehr unter den Wirkungen des sogenannten Friedens seine Wertbeständig-